Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9310**

14. Wahlperiode 07. 06. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (20. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dagmar Schmidt (Meschede), Adelheid Tröscher, Brigitte Adler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Angelika Köster-Loßack, Hans-Christian Ströbele, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/7484 –

Wasser als öffentliches Gut und die Bedeutung von Wasser in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

A. Problem

In dem Antrag wird ausgeführt, dass nach jüngsten Schätzungen weltweit 1,3 Milliarden Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser seien. Prognosen zufolge würde es im Jahr 2050 ein Viertel der Menschheit sein. Wasserknappheit herrsche inzwischen in über 30 Staaten der Erde, verseuchtes Wasser sei weltweit eine der Hauptursachen für Infektionskrankheiten (80 %) und die größte Ursache der Kindersterblichkeit in den Entwicklungsländern. Die Sicherung und Bereitstellung der lebensnotwendigen Ressource Wasser liege in der Verantwortung des Staates. In vielen Entwicklungsländern werde der Staat dieser Aufgabe nicht gerecht.

Die Bundesregierung sei sich der Bedeutung der Wasserfrage bewusst und orientiere ihre Politik dementsprechend auf einen nachhaltigen Umgang mit der Ressource Wasser. Mit 600 bis 800 Mio. DM jährlich sei Deutschland der größte europäische Geber im Wassersektor in der Entwicklungszusammenarbeit. Zahlreiche Projekte, insbesondere des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, zeugten von dem hohen Stellenwert, der dieser Frage beigemessen werde. Zu erwähnen seien in diesem Zusammenhang auch der im Jahre 1998 in Zusammenarbeit zwischen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorischerheit und Auswärtigem Amt unter Beteiligung von Weltbank und Deutscher Stiftung für Internationale Entwicklung begründete Petersberger Prozess zu grenzüberschreitenden Gewässern, der Politikdialog auf multilateraler und bilateraler Ebene und die Förderung der Weltstaudamm-Kommission.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, weiterhin internationale Abkommen und Regeln zum Schutz der Ressource Wasser zu unterstützen und die Projekte der Entwicklungszusammenarbeit auf hohem Niveau zu verstetigen.

B. Lösung

Annahme mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/7484 – anzunehmen.

Berlin, den 17. April 2002

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Rudolf Kraus
Vorsitzender

Dagmar Schmidt (Meschede)
Berichterstatterin

Dr. Christian Ruck
Berichterstatter

Dr. Angelika Köster-Loßack
Berichterstatterin

Ina Albowitz
Berichterstatterin

Carsten Hübner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dagmar Schmidt (Meschede), Dr. Christian Ruck, Dr. Angelika Köster-Loßack, Ina Albowitz und Carsten Hübner

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/7484 in seiner 208. Sitzung am 13. Dezember 2001 federführend an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mitberatend an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat über den Antrag in seiner Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und erklärt, von seiner Beratung werde in Erwartung eines interfraktionellen Antrags einvernehmlich abgesehen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat über den Antrag in seiner Sitzung am 20. Februar 2002 und der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorischerheit** in seiner Sitzung am 13. März 2002 beraten. Beide Ausschüsse haben mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und PDS empfohlen, dem Antrag zuzustimmen.

Der **Ausschuss für wirtschafltiche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat über den Antrag in seiner 79. Sitzung am 17. April 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, dem Antrag zuzustimmen.

Berlin, den 17. April 2002

Dagmar Schmidt (Meschede)
Berichterstatterin

Dr. Christian Ruck
Berichterstatter

Dr. Angelika Köster-Loßack
Berichterstatterin

Ina Albowitz
Berichterstatterin

Carsten Hübner
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333